

LESERBRIEFE

Windkraftanlagen auf der Kulmerauer Höhe?

Die Energie der Natur, des Windes, der Sonne, des Wassers nutzen – mit diesem Gedanken waren auch wir unterwegs.

Die CKW plant seit Jahren, in Kulmerau vier Windkraftanlagen aufzustellen, Windräder in einer Gesamthöhe von 150 Metern und einer Rotorenlänge von 40 bis 45 Metern. Wer sich mit dem Thema auseinandersetzt, erfährt, dass Windkraftanlagen in zu nahen Wohngebieten viele Nachteile haben, zum Beispiel den Infraschall (tiefrequente Schwingungen). Die dreierotorigen Blätter erzeugen einen gemeinen Infraschall, der schwierig zu messen und mit dem Gehör nicht wahrgenommen werden kann. Viele Berichte von Betroffenen und Studien belegen die Wirkung des Infraschalls auf die Anwohner im Umkreis von circa drei Kilometern. In Kulmerau ist die Distanz zu den Windanlagen 250 bis circa 600 Meter. Der Infraschall bewirkt Symptome wie Kopfschmerzen, Migräneanfälle, Asthma, Herzrhythmusstörungen, mentale Probleme etc. Laut Forschungen sind zwölf Prozent der Personen in Windkraft-Nähe betroffen, vor allem ältere Leute, Kinder, schwangere Frauen. Anhand der gemachten Erfahrungen will sich niemand bewusst einer solchen Gefahr aussetzen. Gesundheit ist das höchste persönliche Gut jedes Menschen, und niemand hat das Recht, diese mit fragwürdigen Entscheidungen zu gefährden. Zum Schutz der Bevölkerung verlangt die WHO beim Bau von Windanlagen seit Jahren einen Mindestabstand von 1500 Metern zu Wohnbauten.

Dass zwei Drittel der Bevölkerung von Kulmerau gegen die Windkraftwerke sind, scheint den Gemeinderat von Triengen nicht zu beeindrucken. Es handelt sich ja um eine kleine Fusionsgemeinde, die gemessen an der gesamten Trienger Bevölkerung ein kleines Stimmvolumen hat. Auf Kosten der Kulmerauer will man glorios und medienwirksam für die Energiegemeinde Triengen werben, man will sich ein Denkmal setzen, das an Höhe, Lautstärke, Schattenwurf und Dominanz kaum zu überbieten ist.

Obwohl nicht gerne gehört, erlauben wir uns, Klartext zu sprechen. Die CKW sucht auf Biegen und Brechen einen Windkraft-Standort. Was lockt, sind für 20 Jahre horrendes Subventions-Geld und ein grünes «Deckmäntel». Windkraftwerke liefern keinen zuverlässigen Strom. Weht kein Wind, gibt es keinen Strom. Windenergie kann nicht gespeichert werden. Die Windenergie ist fünfmal teurer als sauberer Strom aus Schweizer Wasserkraft.

Gemeindevertreter haben erstrangig die Aufgabe und Pflicht, die Bürger zu schützen. Einem Investor den Weg für den Bau von Windkraftanlagen zu ebnen, kommt erst weit im Nachhinein.

BEAT UND TRUDY FISCHER-BACHMANN,
KULMERAU

Gibt es Doppelbürgerpflichten?

Die in der NLZ lancierte Diskussion um das Doppelbürgerrecht ist eine politische Steilvorlage für alle, die noch wissen, was ein Bürgerrecht überhaupt ist – und diejenigen, welche dies vergessen haben. Wenn Bürgerinnen und Bürger innerhalb eines Territoriums sich zu einem Staatswesen zusammen tun, dann tun sie dies mit der Idee, für sich und ihre Nachkommen gegenseitig zu bürgen. Also im Sinne der früheren Burg, sich Geborgenheit zu geben und sich gegenseitig zu schützen: vor physischer Gewalt und dem Verlust der wirtschaftlichen Existenz. Die EU will dies den einzelnen Nationen nicht mehr gestatten. Sie will einen neuen zentralisierten Vielvölkerstaat nach dem Vorbild des antiken Rom oder des Habsburgerreiches etablieren. Verwunderlich ist dies nicht, wenn man weiss, dass die Staatsgebiete von England, Spanien, Belgien, Holland, Schweden usw. auch heute noch Königreiche sind.

Die Schweiz hat sich ab 1848 zu einer föderalistischen direkten Demokratie entwickelt. Obwohl die Politiker viel von Demokratie sprechen, sind wir Schwei-

zer in der UNO noch immer das einzige UNO-Mitglied mit direkter Demokratie. Und in einer direkten Demokratie kann es kein Doppelbürgerrecht geben, weil es auch keine Doppelbürgerpflichten gibt. Wir sollten deshalb nicht den historischen Fehler begehen, uns von ehemals kommunistischen oder feudalistischen Doppelbürgern aus ehemaligen Vielvölkerstaaten erklären zu lassen, wie man das Bürgerrecht in einer direkten Demokratie ausgestaltet. Ich wünsche mir hier von der schweizerischen politischen Elite ein wenig mehr Selbstvertrauen und Sachverstand.

IVO MURI, SURSEE

«Goldpreis unterliegt grossen Schwankungen»

Die Gold-Initiative verlangt, dass die Schweizerische Nationalbank 20 Prozent ihres Vermögens in Gold anlegt, weil Gold angeblich sicher ist. Das stimmte früher einmal. Leider ist dem bereits seit vielen Jahren nicht mehr so. Der Goldpreis unterliegt heute grossen Schwankungen, oft sogar grösseren als Aktien oder Obligationen. Das erklärt auch, warum in den letzten Jahren Gold zu einem schlechten Preis verkauft wurde. Wenn Gold so sicher wäre, hätte es einen guten Preis gegeben. Zudem verlangt die Initiative, dass das Gold nie mehr verkauft werden darf. Da frage ich mich, warum die Nationalbank Gold anschaffen soll. Das wäre, wie wenn Sie einen Feuerlöscher kaufen würden und den nicht gebrauchen dürften. Die Nationalbank hat Gold angelegt, um Feuer zu löschen.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Nationalbank unabhängig bleiben muss. Unabhängig von Goldschwankungen und unabhängig von der Politik. Dank dieser Unabhängigkeit konnte die Nationalbank flexibel handeln, beispielsweise den Franken stützen. Unter anderem auch darum geht es der Schweiz heute so gut. Bisher konnte die Politik der Nationalbank nicht dreinreden. Das ist gut so und soll auch so bleiben. Darum stimme ich Nein am 30. November. ALBERT VITALI, NATIONALRAT
FDP, OBERKIRCH

«Mutig Ja zum gesunden Menschenverstand»

Die drei Initiativen, über die der Schweizer Souverän am 30. November entscheiden darf, haben etwas gemeinsam: In der Schweiz gilt seit der Bundesverfassung von 1848 Rechtsgleichheit. Es ist deshalb nicht einsehbar, wieso ausländische Multimillionäre, die als Grossinvestoren in der Schweiz auch arbeiten, massiv weniger Steuern zahlen müssen als einheimische Personen der gleichen Vermögensklasse. Im Kanton Zürich, der als erster Kanton die Pauschalbesteuerung abschaffte, hat man festgestellt, dass der Steuerbetrag dieser Gruppe insgesamt gestiegen ist, seit sie normal besteuert wird. Denn die meisten dieser Personen schätzen vor allem unsere stabilen, sicheren Verhältnisse und optimale Infrastruktur!

Bis vor etwa zehn Jahren hatte die SNB (Schweiz, Nationalbank) Goldreserven von 2600 Tonnen. Dann verkaufte sie 60 Prozent davon zu einem im Vergleich zu heute niedrigen Preis und der daraus resultierende Erlös wurde im Verhältnis 2 zu 1 an Kantone und Bund verteilt. Die hohen SNB-Devisenbestände (über 500 Milliarden) werden seitdem durch die verbliebenen 1040 Tonnen Gold nur noch marginal gedeckt (7-8%). Sollte sich die Eurokrise wieder zuspitzen, könnte die SNB rasch 50 und mehr Milliarden Franken Verlust machen, wenn zum Beispiel der Euro-Mindestkurs, der überdies eine indirekte Subventionierung von Exportwirtschaft und Tourismus darstellt, nicht mehr gehalten werden kann. 20 Prozent Golddeckung und die Lagerung allen SNB-Goldes in der Schweiz, wie es die Initiative verlangt, sind also nicht übertrieben!

Die Ecopop-Initiative scheint auf den ersten Blick etwas überraschen. Doch Halt! Im Jahr 2000 bei der ersten Abstimmung über die Personenfreizügigkeit sprach der Bundesrat von 10000 bis 15000 Leuten, die netto jährlich aus der

EU in die Schweiz einwandern würden. Mit rund 17000 Personen ist Ecopop ja noch darüber! Mit 0,2 Prozent pro Jahr wüchse die Schweiz immer noch deutlich mehr als Deutschland, dessen Wirtschaft trotz Bevölkerungsstagnation seit Jahren boomt! Fazit: Sagen wir am 30. November ruhig dreimal Ja und lassen uns vom gesunden Menschenverstand leiten, statt uns zu ängstigen!

ROBERT FURRER, OBERKIRCH

«Nichteinhalten der Bundesverfassung»

«Soweit es die Art der Steuer zulässt, sind dabei insbesondere die Grundsätze der Allgemeinheit und der Gleichmässigkeit der Besteuerung sowie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten.» Diese Zeilen stammen aus dem Artikel 127 der Schweizer Bundesverfassung. Wer sagt, die Verfassung müsse eingehalten werden, der kann die Pauschalbesteuerung einiger Superreicher in der Schweiz nur ablehnen. Sie widerspricht klar den Gesetzmässigkeiten der Bundesverfassung.

Natürlich besteht die Gefahr, dass einige dieser mobilen Reichen die Schweiz nach einer Abschaffung der Pauschalbesteuerung verlassen werden. Kein Entscheid ist ohne Risiko. Die Befürworter der Pauschalbesteuerung führen immer wieder ins Feld, dass die 5634 Personen, welche pauschal besteuert werden, dafür sehr viel in der Schweiz privat spenden würden. Nun, mit dieser Logik müsste die Pauschalbesteuerung eigentlich für Bürger der Schweiz gelten. Spätestens dann müssten die staatlichen Leistungen auf allen Ebenen massiv zurückgefahren werden. Von der Vermögensverteilung befindet sich die Schweiz bereits auf dem Level der USA. 10 Prozent der Bevölkerung besitzen rund 70 Prozent des gesamten Vermögens. Ich will jedoch keine schlechende Amerikanisierung der Schweiz und bin gleichzeitig für die Einhaltung der Bundesverfassung, darum ein Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

PASCAL MERZ, SURSEE

«Ja zum Uni-Gesetz – für Familien und Mittelstand»

Am 30. November stimmen wir über das neue Uni-Gesetz ab. Es trägt den veränderten Bedürfnissen seit der Uni-Gründung vor 14 Jahren Rechnung und legt die Basis zur Schaffung einer Wirtschaftsfakultät. Trotz bestehendem Fachhochschulangebot in Luzern studieren heute 750 Matura-Absolventen an ausserkantonalen Universitäten. Einerseits verliert die Luzerner Wirtschaft dadurch laufend Nachwuchstalente. Zum andern würden der Mittelstand und insbesondere die Familien entlastet, wenn ihre Kinder im Kanton Luzern studieren könnten.

Inhaltlich überzeugt das Angebot der geplanten Wirtschaftsfakultät durch das Synergiepotential der drei Schwerpunkte «Politische Ökonomie», «Gesundheitsmanagement» und «Unternehmerische Führung mit Unternehmerschule» sowie den hohen KMU-Praxisbezug. Die Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmungen wird gestärkt, im Gesundheitsbereich etwa mit den Spitälern, dem Paraplegiker-Zentrum in Nottwil und den Versicherungen.

Auch aus eigener Erfahrung (selber habe ich eine Berufslehre absolviert und später sowohl an der Fachhochschule als auch an der Uni studiert) kann ich bestätigen, dass aufgrund der unterschiedlichen Profile und Schwerpunktsetzung keine unnötige Konkurrenzsituation zur Hochschule geschaffen wird. Im Gegenteil wird eine Lücke im Bildungssystem geschlossen. Jedes Bildungsangebot hat sinnvoll ausgestaltet seine Berechtigung, schafft Perspektiven und stärkt den Kanton Luzern. Zudem funktioniert die Koexistenz von Wirtschaftsuniversität und Wirtschafts-Hochschule auch in andern Kantonen. Sagen wir Ja zur massvollen Weiterentwicklung der Uni und zur sinnvollen Ergänzung des Bildungsangebotes im Kanton Luzern.

RAPHAEL KOTTMANN,
KANTONS RAT CVP, OBERKIRCH



Buben und Mädchen der Geräteerie in Aktion.

ZVG

WINIKON | «Emotionaler» Turnerabend des STV Winikon

Emotionen im Ozean «Em ouschen»

Unter dem Motto «Em ouschen» fand der diesjährige Turnerabend der Turnerfamilie Winikon statt. Mit dem Muki-Turnen gingen die ersten Emotionen los, ab in die Sonne. Das Baden am Strand, die Wellen im Ozean und vieles mehr ... einfach herrlich.

Eine alte TV-Sendung weckte Emotionen der Rettungs-Schwimmer. «Baywatch» wurde vom Sprung-Team zelebriert. Anschliessend führte die Entdeckungsreise zur Meerjungfrau Arielle und zu den hawaiianischen Surfern.

In der Unterwasserwelt wurden gefährliche Tiefsee-Monster ange-

troffen. Die Titanic wurde sogar im grossen Aquarium auf dem Meeresgrund entdeckt. Ein Traumpaar reichte sich bei diesen vielen Emotionen auch noch ins Programm ein. Das Unterhaltungs-Team, das durch den Abend führte, zeigte die «Emotion-Video-Date-Show» mit Kandidatin Ladina und drei Muskel-Wassermännern sowie der Moderatorin Ashley.

Nach diesen vielen Entdeckungs-Emotionen gab es zum Schluss «It's Showtime an der Neptunia Beach». Diese «Em ouschens» wurden danach noch lange gefeiert, sei es im Turner-Stöbli oder in der Bar. MGT

SCHLIERBACH | Jungschützenkurs des Feldschützenvereins zu Ende

Marcel Lindegger bester Schütze

Ein sehr erfolgreicher Jungschützenkurs des Feldschützenvereins Schlierbach mit 15 Teilnehmern konnte mit dem Absenden am letzten Freitag abgeschlossen werden. Das JS-Wett-schiessen hatte in Büron stattgefunden. Dabei klassierte sich die JS-Gruppe im 24. Rang und erreichte die Kantonale Zwischenrunde. Mit den geschossenen Resultaten verpasste sie den anschliessenden Kantonalen Final nur knapp.

Für den Kantonalen Final konnten sich Marcel Lindegger im 18. Rang und Alex Kirchhofer im 58. Rang von

458 Jungschützen qualifizieren. Beim Final erreichte Kirchhofer 84 und Lindegger 79 Punkte. Beim Feldschies-sen in Knutwil erreichten 13 von 15 Schlierbacher Jungschützen eine Auszeichnung.

Die diesjährige Jahreskonkurrenz der Jungschützen konnte Marcel Lindegger für sich entscheiden und den Pokal entgegen nehmen. Im 2. Rang folgt Alex Kirchhofer und im 3. Fabian Küng. Den Wanderpreis der Häröpfelmeisterschaft entschied ganz knapp Sebastian Schaller zu seinen Gunsten. FRANZ GILLI

TRIENGEN | Sportgruppe führte 91. Generalversammlung durch

Der Vorstand ist wieder komplett

Die Sportgruppe Triengen hat an ihrer letzten GV den Vorstand neu bestellt. Präsidentin Barbara Fischer durfte zudem viel Positives berichten.

Die Präsidentin eröffnete die 91. Generalversammlung der Sportgruppe Triengen bei der Familie Gafner im Wilihof. Sie durfte 26 Mitglieder, die Delegation der Frauenriege und den neuen MuKi-Leiter begrüßen. Es gab vier Austritte und keine Neumitglieder zu verzeichnen.

Die Sportgruppe konnte auf ein aktives Vereinsjahr zurückblicken: Skiturnen der Helvetia sowie ein Spielabend, Adventshöck mit feinem Fondue, Fasnachtswagenbau und Teilnahme am Umzug, da das Mitglied Isabelle Wilhelm Zunftmeisterin war, Eisstockschiessen in Sursee, verschiedene Lektionen in der Halle wie Zumba, Rückentraining, Aerobic, und ab Frühjahr sportliche Aktivitäten in der Natur wie Walking, Minigolf und Beachvolleyball. Der Abschluss shock vor den grossen Sommerferien fand beim Zunftmeisterpaar zu Hause statt. Im August führte die Vereinsreise in die Westschweiz, nach Fröbourg. Ein grosses Projekt im vergangen Vereinsjahr war zudem die neue Homepage.

Neuen Muki-Leiter gefunden

Das Muki-Turnen, welches der Sportgruppe unterstellt ist, wurde von vielen Kindern mit ihren Müttern und Vätern besucht. Fränzi Büchler gab nach fünf Jahren Leitertätigkeit ihr Amt auf. Jürg Perner löst sie ab.

Die Arbeitseinsätze am Turnerabend waren die Haupteinnahmequelle der Sportgruppe. Die Revisorinnen Jaqueline Falk und Sonja Kirchhofer haben die Rechnung geprüft und für gut befunden. Jaqueline Falk wurde nach zwei Jahren turnusgerecht ersetzt. Neu wurde Carmen Tschopp in das Team gewählt. Man war mit beiden Rechnungsrevisorinnen einverstanden und bestätigte dies mit einem kräftigen Applaus. Zudem entschied sich die GV für ein neues Vereinslogo; der Vorstand hatte entsprechende Vorschläge präsentiert.

Vorstand neu bestellt

Claudia Brunner demissionierte nach neun Jahren als Kassierin. Mit einem Applaus und einem Geschenk wurde ihr für die Arbeit im Vorstand gedankt. Manuela Ulrich wurde neu gewählt. Seit einem Jahr war auch das Amt der Materialverwalterin vakant. Dieses konnte neu mit Heidy Häfliger besetzt werden. Der Vorstand ist nun wieder komplett und setzt sich wie folgt zusammen: Barbara Fischer (Präsidentin), Regina Kaufmann (Technische Leiterin, Appell), Manuela Ulrich (Kassierin), Jolanda Fischer (Aktuarin), Heidy Häfliger (Materialverwalterin).

Fränzi Riesen wurde nach zehn Jahren in der Sportgruppe Freimitglied. Helen Kaufmann konnte auch im letzten Vereinsjahr zur fleissigsten Turnerin gratuliert werden. Nach der GV wurde traditionsgemäss ein Lotto durchgeführt. MGT